

Niederschrift, ö

Gremium	Sozial- und Gesundheitsausschuss
Nummer	SozGA/004/2019
Datum	Donnerstag, 21.11.2019
Ort	Sitzungssaal im 5. OG des Verwaltungsgebäudes
Beginn	09:30 Uhr
Ende	12:25 Uhr

Anwesenheit

Vorsitzender

Mederer, Josef

Ausschussmitglieder

Demmel, Christian

Eberl, Ottilie

Gössner, Ute

Hausberger, Claudia

ab TOP 12 abwesend

Heigl, Marianne

Jordan, Elisabeth

Keßler, Martina

Kriegl, Gisela

in Vertretung für Frau Funke

Loy, Josef

Münster, Peter

Neubauer, Martina

Sturm, Erika

anwesend ab TOP 3 Ö

Weber, Klaus, Prof. Dr.

in Vertretung für Frau Kirchner

Wittmann, Susanne, Dr.

Sachverständige

Bayer, Christof

Berger, Heinrich, Dr.

Beyrle, Hans, Dr.

Fürst, Erika

Hanslmeier-Prockl, Gertrud, Dr.

Majewski, Karin

Mauerer-Molléus, Michael

Orlich, Ralf, Dr.

Schroll, Dieter

Starzengruber, Rudolf

Urek, Michael

Wüst, Rita

Verwaltung

Brehorst, Gernot

Bruckmann, Wolfgang, Dr.

Büllesbach, Susanne

Eberhardt, Gabriele

Hange, Ulrich, Dr.

Hirschhuber, Andrea
Kohl, Markus
Lengmüller, Regina
Mennel, Ursula
Neudorfer, Timo
Reichstein, Ute
Renner, Helen
Roth, Helmut
Sakowitz, Karin
Schweikl, Edmund
Steinwand, Ralf
Stemmler, Hermann
Wenzig, Ulrike
Zieglmaier, Margarete

Weitere Anwesende

Markowetz, Reinhard, Prof. Dr.

Entschuldigt

Ausschussmitglieder

Funke, Annemarie
Kirchner, Stefanie

entschuldigt - vertreten durch Frau Kriegl
entschuldigt - vertreten durch Herr Dr. Weber

Tagesordnung

I. Öffentliche Sitzung

TOP 1	Genehmigung des Protokolls der letzten Sitzung
TOP 2	Überarbeitung der Rahmenleistungsvereinbarung und des Zielvereinbarungsrasters für die Psychosozialen Suchtberatungsstellen (PSB)
TOP 3	Nachsteuerung von pauschalierten Maßnahmen für Menschen mit Behinderung in Oberbayern zur Umsetzung 2020
TOP 4	Förderantrag BASTA
TOP 5	Aktualisierung der Richtlinie der bayerischen Bezirke zu Förderung von Maßnahmen zur Teilhabe von Menschen mit Behinderungen - FBB-Maßnahmen
TOP 6	Projekt PINO - Intensivwohnen Netzwerk Oberbayern
TOP 7	Investitionsförderung für Neuerrichtungen, Erweiterungen, Umbauten
TOP 8	Veränderung des stellv. Sachverständigen der Stiftung ICP
TOP 9	Fallmanagement für erwachsene Menschen mit Behinderung/in sozialen Schwierigkeiten
TOP 10	Aufbau von Pflegestützpunkten
TOP 11	Vorberatung des Bezirkshaushalts 2020: Einzelplan 4 Soziales und Jugend
TOP 12	Sachstandsbericht zum BTHG & BayTHG
TOP 13	Antrag - Bündnis90/Die Grünen - Elternassistenz
TOP 14	Bekanntgaben und Sonstiges

Bezirkstagspräsident Josef Mederer eröffnet um 09:30 Uhr die öffentliche Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses, begrüßt die Anwesenden und stellt die form- und fristgerechte Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Sozial- und Gesundheitsausschusses fest.

Herr BTP Josef Mederer informiert das Gremium des Sozial- und Gesundheitsausschusses darüber, dass über den Dringlichkeitsantrag der Grünen/Bündnis 90 – Fachkräftesicherung nicht beschlossen werden sollte. Mit dem Beschluss sind Ausgaben von etwa 10 Millionen € verbunden. Man müsse erst einmal den Haushalt für 2020 beschließen, zudem ist der Beginn der Maßnahme für Herbst 2021 vorgesehen, weshalb auch inhaltlich heute noch nicht zwingend entschieden werden müsse.

Es wird wie folgt abgestimmt, ob eine Dringlichkeit erkannt wird. Ja 2 Nein 10

Frau Erika Fürst wird verabschiedet und es wird ihr für die 32-jährige Arbeit als Sachverständige im Sozial- und Gesundheitsausschuss herzlich gedankt.

TOP 1 Genehmigung des Protokolls der letzten Sitzung

Beschluss:	angenommen	Ja 14 Nein 0
-------------------	-------------------	------------------------

TOP 2 Überarbeitung der Rahmenleistungsvereinbarung und des Zielvereinbarungsrasters für die Psychosozialen Suchtberatungsstellen (PSB)

Zur Qualitätssicherung für die Psychosozialen Suchtberatungsstellen werden beim Bezirk Oberbayern neben dem Sachbericht die Instrumente Zielvereinbarung und Rahmenleistungsbeschreibung (RLB) angewendet.

Eine Arbeitsgruppe mit Vertretern und Vertreterinnen aller Bezirke und der Freien Wohlfahrtsverbände hat nun einen Vorschlag zur Neufassung der RLB sowie des Zielvereinbarungsrasters erarbeitet.

Beschluss:	Der Sozial- und Gesundheitsausschuss beschließt die Anwendung der überarbeiteten Fassung der Rahmenleistungsbeschreibung und des Zielvereinbarungsrasters für die Psychosozialen Suchtberatungsstellen ab dem 1. Januar 2020.	
	angenommen	Ja 14 Nein 0

TOP 3 Nachsteuerung von pauschalierten Maßnahmen für Menschen mit Behinderung in Oberbayern zur Umsetzung 2020

Die Nachsteuerung von pauschalfinanzierten Maßnahmen für Menschen mit Behinderung in Oberbayern zur Umsetzung erfolgt unter Berücksichtigung quantitativer und qualitativer Kriterien. Bei 27 Maßnahmen werden im Nachsteuerungsprozess Fachkraftstellen/Plätze im Umfang von 1.304.950 € (gerundet) angepasst.

Beschluss:	Der Sozial- und Gesundheitsausschuss beschließt die Umsetzung der vorgestellten Maßnahmen für das Jahr 2020. Der kalkulierte Förderbedarf wird in den Haushalt 2020 in Höhe von 1.304.950 € (gerundet) eingestellt.	
-------------------	---	--

	angenommen	Ja 15 Nein 0
--	-------------------	---------------------

TOP 4 Förderantrag BASTA

Der Antrag vom 20.08.2019 von BASTA auf Förderung eines Planstellenanteils in Höhe von 25.000 €/jährlich ist abzulehnen. Das Thema „Bewusstseinsbildung“ im Sinne der UN-BRK ist kein Thema der Sozialverwaltung des Bezirks Oberbayern. Ebenso ist aufgrund der geltenden Richtlinien in der Sozialverwaltung keine Förderung aus Mitteln des Einzelplans 4 möglich.

Beschluss:	Der Sozial- und Gesundheitsausschuss beschließt die Ablehnung des Antrags, da auf der Grundlage der geltenden Richtlinien in der Sozialverwaltung keine Förderung aus Mitteln des Einzelplans 4 möglich ist. Der Ausschuss beauftragt den Bezirkstagspräsidenten, an des Kultusministerium, mit der dringlichen Bitte um Weiterförderung von BASTA zu schreiben. Das Sozial Ministerium , das Gesundheitsministerium und das Pflegeministerium sollen sich finanziel mitbeteiligen. angenommen	Ja 11 Nein 4
-------------------	---	---------------------

TOP 5 Aktualisierung der Richtlinie der bayerischen Bezirke zu Förderung von Maßnahmen zur Teilhabe von Menschen mit Behinderungen - FBB-Maßnahmen

Auf Empfehlung des Hauptausschusses des Bayerischen Bezirkstags (Sitzung vom 10.10.2019 in Bad Gögging) ist die Richtlinie FBB ab 01.01.2020 anzupassen. Dadurch soll die bestmögliche Ausschöpfung des zur Verfügung stehenden bayernweiten Budgets von 1,19 Mio. Euro erreicht, Rückforderungen vermieden und der Anreiz die Angebote auszubauen weiter gefördert werden.

Beschluss:	Der Sozial- und Gesundheitsausschuss beschließt entsprechend der Empfehlung des Hauptausschusses des Bayerischen Bezirkstags vom 10.10.2019 die Änderung der Förderrichtlinie der bayerischen Bezirke zur Förderung von Maßnahmen zur Teilhabe von Menschen mit Behinderung (Freizeit-, Bildungs- und Begegnungsmaßnahmen) mit Wirkung zum 01.01.2020. angenommen	Ja 15 Nein 0
-------------------	--	---------------------

TOP 6 Projekt PINO - Intensivwohnen Netzwerk Oberbayern

Herr Prof. Dr. Markowetz (LMU) stellt als Projektleiter dem Gremium das Projektdesign und die Inhalte des Projektes PINO vor. In der folgenden Diskussion wird von den Ausschussmitgliedern gewünscht, dass dem Ausschuss Zwischenberichte auf dem Weg bis zur Vollendung vorgelegt werden.

Beschluss:	Der Sozial- und Gesundheitsausschuss stimmt dem Projektvorschlag und dem darin beschriebenen Kostenrahmen einer Förderung zu und beauftragt die Sozialverwaltung alle weiteren Schritte zur Förderung des Projektes in die Wege zu lei-
-------------------	--

	ten.	
	angenommen	Ja 15 Nein 0

TOP 7 Investitionsförderung für Neuerrichtungen, Erweiterungen, Umbauten

Dem Sozial- und Gesundheitsausschuss werden die Hintergründe der in der Anlage genannten Investitionsförderung erläutert.

Beschluss:	Der Sozial- und Gesundheitsausschuss beschließt die in der Anlage genannten Investitionsförderungen. Für diese Maßnahmen sind Investitionsförderungen des Bezirks in Höhe von zusammen 1.412.885 € vorgesehen. Der jeweils auf die Einrichtung entfallende Betrag soll von den Verbänden der freien Wohlfahrtspflege bzw. der ihnen angeschlossenen Organisationen oder den freigewerblichen Einrichtungsträgern auf dem privaten Kapitalmarkt aufgenommen werden. Die Darlehenskonditionen sind mit der Bezirksverwaltung abzustimmen. Die hierfür voraussichtlich anfallenden Kapitaldienstkosten (Zins und Tilgung) werden mit den Entgeltsätzen des Bezirks vergütet und sind für die Folgejahre bei der Haushaltsplanung entsprechend zu berücksichtigen.	
	angenommen	Ja 15 Nein 0

TOP 8 Veränderung des stellv. Sachverständigen der Stiftung ICP

Die langjährige Sachverständige für die Stiftung ICP, Frau Erika Fürst, legt ihr Amt nieder. Für sie wird Herr Christian Miska, Einrichtungsleiter des MFZ in Giesing, als neuer stellvertretender Sachverständiger vorgeschlagen.

Beschluss:	Als neuer stellvertretender Sachverständiger der Stiftung ICP im Sozial- und Gesundheitsausschuss wird Herr Christian Miska benannt.	
	angenommen	Ja 15 Nein 0

TOP 9 Fallmanagement für erwachsene Menschen mit Behinderung/in sozialen Schwierigkeiten

In seiner Sitzung am 22.05.2017 hat der Sozial- und Gesundheitsausschuss das weitere Vorgehen für die Zielgruppe erwachsene Menschen mit Behinderung/in sozialen Schwierigkeiten sowie die weitere Planung zur Kenntnis genommen. Für den zuvor genannten Personenkreis wurde die Sozialverwaltung beauftragt, ein Konzept zur Implementierung des Fallmanagements unter Beteiligung von Betroffenenvertretern und den Leistungserbringerverbänden zu erarbeiten. Im Rahmen der Konzeptarbeit sind u. a. Module für eine stufenweise oberbayernweite Implementierung zu erarbeiten.

Auf dieser Grundlage wurde die Sozialverwaltung tätig. Als Ergebnis wird nunmehr das Konzept für eine oberbayernweite Umsetzung des Fallmanagement für erwachsene Menschen mit Behinderung/in sozialen Schwierigkeiten (Anlage 1) vorgelegt bzw. präsentiert.

Beschluss:	Der Sozial- und Gesundheitsausschuss stimmt dem Konzept Fallmanagement für erwachsene Menschen mit Behinderung/in sozialen Schwierigkeiten zu. Die Sozialverwaltung wird beauftragt gemäß der vorgestellten Zeitplanung das Konzept umzusetzen. Ferner wird die definierte Stufe für das Jahr 2020 freigegeben. Über die Implementierung der Arbeitsmethode wird dem Sozial- und Gesundheitsausschuss in den Jahren 2020, 2021 und 2023 berichtet. Im Jahr 2022 wird ein Zwischenbericht und im Jahr 2024 ein Gesamtbericht über die bis dahin gewonnenen Erfahrungen und Erkenntnisse vorgelegt. Die zuvor genannten Berichte werden im Sinne des Konzeptes Fallmanagement, Punkt 4 Evaluation der Arbeitsmethode (S. 14), erstellt. Der Sozial- und Gesundheitsausschuss entscheidet in den Jahren 2021, 2022 und 2023 jeweils über die Freigabe einer weiteren Stufe.
	angenommen Ja 15 Nein 0

TOP 10 Aufbau von Pflegestützpunkten

Der Projektleiter des Projektes „Aufbau von Pflegestützpunkten“, Herr Becker, berichtet mündlich über den aktuellen Sachstand. Da die notwendigen rechtlichen Voraussetzungen zur Gründung von Pflegestützpunkten bald gegeben sein werden, wird die Verwaltung ermächtigt, Verträge zur Gründung von Pflegestützpunkten abzuschließen.

Beschluss:	Der Sozial- und Gesundheitsausschuss ermächtigt die Verwaltung mit den jeweiligen Trägern möglicher Pflegestützpunkte Verhandlungen zu führen und Verträge entsprechend dem Rahmenvertrag zur Gründung von Pflegestützpunkten abzuschließen und laufend den Mitgliedern des Sozialausschusses über den Stand der Verhandlungen zu berichten.
	angenommen Ja 15 Nein 0

TOP 11 Vorberatung des Bezirkshaushalts 2020: Einzelplan 4 Soziales und Jugend

Der ungedeckte Bedarf im Einzelplan 4 – Soziales und Jugend steigt im Jahr 2020 ohne die Einnahmen nach Art. 15 FAG und die Ausgaben für den Bezirksjugendring um 170,1 Mio € gegenüber dem erwarteten Rechnungsergebnis 2019 an. Dies bedeutet gegenüber dem Vorjahr einen Anstieg von 10,8 %.

Ohne die Kostenerstattung für die Unterbringung und Betreuung unbegleiteter minderjähriger Ausländer und Junger Volljähriger steigt der Zuschussbedarf im Jahr 2020 für die Hilfen nach dem SGB XII und die institutionelle Förderung im Budget 3 um 123,3 Mio €.

Dieser starke Anstieg des Zuschussbedarfs ist insbesondere auf die Neuregelungen im Rahmen des Bundesteilhabegesetzes (BTHG) zum 01.01.2020 sowie auf das Angehörigen-Entlastungsgesetz zurückzuführen, die zu einer deutlichen Verringerung der Einnahmen im Einzelplan 4 – Soziales und Jugend führen werden und zudem die Ausgaben in der Summe steigen lassen.

Daneben erhöht sich im Haushaltsjahr 2020 der Zuschussbedarf im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe wieder um 46,8 Mio € auf 59,1 Mio €.

Nachdem in den Jahren 2017 bis 2018 insgesamt 100,3 Mio € an Abschlägen für die Jungen Volljährigen an die Landeshauptstadt München ausbezahlt worden sind, von denen bis 30.09.2019 lediglich 23,7 Mio € spitz abgerechnet worden sind, wurden die Abschlagszahlungen in 2019 vorläufig zurückgestellt. Die Abschlagszahlungen an die Landeshauptstadt München werden im Jahr 2020 wieder aufgenommen.

Dieser Steigerung liegen folgende Entwicklungen zugrunde:

Hilfeart	Veränderung zum Vorjahr*
- Hilfe zur Pflege	+ 37,2 Mio €
- Hilfen für Menschen mit Behinderungen	+ 92,4 Mio €
- Nebenleistungen:	
• Hilfen zum Lebensunterhalt	- 9,2 Mio €
• Hilfen zur Gesundheit	+ 2,9 Mio €
• Grundsicherung	+ 2,5 Mio €
- Delegierte Aufgaben	- 20,6 Mio €
- Kinder- und Jugendhilfe	+ 46,8 Mio €
- Institutionelle Förderung	+ 10,9 Mio €
- Sonstiges (Verwaltung und weitere Hilfen)	+ 7,2 Mio €

* gegenüber dem erwarteten Rechnungsergebnis 2019

Beschluss:	Dem Entwurf des Einzelplans 4 – Soziales und Jugend für den Verwaltungs- und Vermögenshaushalt 2020 wird zugestimmt.
	angenommen Ja 15 Nein 0

TOP 12 Sachstandsbericht zum BTHG & BayTHG

Frau Zieglmaier berichtet mündlich zum aktuellen Sachstand zur Umsetzung des Bayerischen Teilhabegesetzes I (BayTHG I) sowie zur Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes (BTHG).

Beschluss:	Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt den aktuellen Sachstandsbericht zur Kenntnis.
	zur Kenntnis genommen

TOP 13 Antrag - Bündnis90/Die Grünen - Elternassistenz

Die Verwaltung nimmt zum Antrag der Bündnis 90/Die Grünen vom 04.10.2019 Stellung.

Beschluss:	Der Bezirk Oberbayern wird im gesetzlich zulässigen Rahmen beantragte Leistungen der Elternassistenz vorläufig gewähren.
	angenommen Ja 14 Nein 0

TOP 14 Bekanntgaben und Sonstiges

Herr BTP Josef Mederer informiert den Ausschuss, dass der Krisendienst Psychiatrie über die Notfallnummer rund um die Uhr erreichbar ist, das gilt aber noch nicht für den aufsuchenden mobilen Krisendienst. Über die Ausweitung des aufsuchenden Dienstes auf 24/7 muss noch mit allen Beteiligten über die bedarfsgerechte und funktional mögliche Ausgestaltung verhandelt werden. Ein Vorschlag der SPDi-Träger hierzu liegt vor und soll so schnell als möglich geprüft werden. In der bayernweiten Abstimmung zum Krisendienst wurde festgelegt, dass die oberbayerische Rufnummer - allerdings mit der Vorwahl 0800 - in Zukunft als gemeinsame kostenfreie Telefonnummer verwendet werden soll. Der Anrufer soll automatisch an die für ihn örtlich zuständige Leitstelle weitergeleitet werden. Die technischen Voraussetzungen müssen noch geschaffen werden.

Frau Neubauer möchte eine schriftliche Begründung der Ablehnung der Dringlichkeit des Antrags der Grünen/Bündnis 90 über die Fachkräftesicherung.

Beschluss:	Es wurde kein Beschluss gefasst.
-------------------	---

Um 12:25 Uhr schließt Bezirkstagspräsident Josef Mederer die öffentliche Sitzung.

Josef Mederer
Bezirkstagspräsident

Protokollführung